

Dieser Text wurde zuerst am 14.12.2021 auf [www.commondreams.org](https://www.commondreams.org/news/2021/12/14/new-analysis-reveals-why-repealing-2001-aumf-will-not-be-enough-kill-war-terror) unter der URL <<https://www.commondreams.org/news/2021/12/14/new-analysis-reveals-why-repealing-2001-aumf-will-not-be-enough-kill-war-terror>> veröffentlicht. Lizenz: Kenny Stancil, Common Dreams, CC BY-NC-ND 3.0



Truppen des somalischen Danab-Bataillons verbrachten 14 Wochen mit der 10. Gebirgsdivision der USA während einer logistischen Ausbildung im August 2018. MC2 Evan Parker/Navy U.S. Army Africa

Aufhebung des Gesetzes zur Autorisierung militärischer Gewalt (AUMF) aus dem Jahr 2001:

"...wird nicht ausreichen, um den Krieg gegen den Terror zu beenden"

Eine am Dienstag veröffentlichte neue Analyse vom „Projekt Kriegskosten“ (Costs of War Project) zeigt, wie die Macht der US-Präsidenten zur Genehmigung militärischer Einsätze gestiegen ist, nachdem 2001 das Gesetz zur Autorisierung des Einsatzes militärischer Gewalt (AUMF – Authorization for the Use of Military Force) erlassen wurde. Gleichzeitig wird dargelegt, warum eine einfache Aufhebung der Maßnahme jetzt nicht ausreichen wird, um die sogenannten „Antiterrorereinsätze“ weltweit zu beenden. [1]

„Das AUMF... ist der Anfang der Geschichte, nicht das Ende.“

Der Bericht dokumentiert anhand von Daten (aktualisiert bis 6. August) des „Congressional Research Service“, wo und wie das 2001 erlassene AUMF angewendet wurde. Er zeigt deutlich, wie Antiterrorereinsätze in dutzenden weiterer Länder durchgeführt wurden, völlig ohne Bezug zum Gesetz, welches nur eine Woche nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erlassen wurde und den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ einleitete.

„Unsere früheren Forschungen zeigten, wie global US-Antiterroraktivitäten verbreitet sind. Die Analyse zeigt nun, wo das AUMF aus dem Jahr 2001 angewendet wurde, und wann und wo es Antiterrorereinsätze außerhalb des AUMF gab“, erklärte Stephanie Savell, Co-Direktorin des „Costs of War“-Projektes am Watson Institut der Brown Universität [2].

„Es gab seit 2001 mehrere Fälle von Gefechten und Luftangriffen, die von verschiedenen Präsidenten dem Kongress nicht mitgeteilt wurden“, fügte Savell hinzu.

Dieses Jahr hatte Savell schon herausgefunden, dass die USA an Antiterrorerein-

Autor:
Kenny Stancil
ist Journalist bei
Common Dreams.





Zwischen 2018 und 2020 unternahm die US-Regierung sog. „Antiterrorereinsätze“ in 85 Ländern.
Quelle: <<https://watson.brown.edu/research/2021/usa-counterterrorism-operations-2018-2020>>

sätzen [3] – die von Luftangriffen [4] über die „Ausbildung“ [5] ausländischer Truppen bis hin zu regelrechten Besetzungen reichen – in unglaublichen 85 Ländern, allein zwischen 2018 und 2020, beteiligt waren.

Im Verlauf von zwei Jahrzehnten haben sich die früheren Präsidenten George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump, sowie der aktuelle Präsident Joe Biden auf das AUMF aus dem Jahr 2001 berufen, um Antiterrorereinsätze in insgesamt 22 Ländern zu rechtfertigen.

Bemerkenswerterweise ist die genaue Anzahl der militärischen Aktivitäten in diesen 22 Ländern „unbekannt“, da „in vielen Fällen die Exekutive das volle Aus-

maß der US-Aktionen nicht adäquat angegeben hat“, schrieb Savell.

Sie weist darauf hin, dass es außerdem „vielen Berichten der Exekutive an geographischer Genauigkeit mangelt“. „Das AUMF aus dem Jahr 2001 wurde oft angewendet, um Einsätze in Regionen und nicht nur in einzelnen Ländern zu rechtfertigen.“

Der Bericht vermerkt, dass mit dem AUMF aus dem Jahr 2001, welches immer noch in Kraft ist, „der Kongress beim Kampf gegen ‚Terrorismus‘ seine verfassungsmäßigen Kriegsbefugnisse aufgibt und seine Verantwortung für die Entscheidung ob, wann und wo die USA in den Krieg ziehen, dem Präsidenten überlässt.“

Es gibt eine große Anzahl von US Antiterrorereinsätzen, welche unter verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Das macht es schwierig, diese Aktivitäten zu verfolgen.“

Obwohl der Präsident laut der „War Power Resolution“ aus dem Jahr 1973 verpflichtet ist, den Kongress innerhalb von 48 Stunden zu informieren, wann auch immer US-Truppen in „Kampfhandlungen“ oder „drohende Kampfhandlungen“ verwickelt sind, „verwendete die Exekutive durchweg vage Ausdrücke, um die

Einsatzorte anzugeben, beschrieb oft nicht den vollen Umfang der Aktivitäten und in einigen Fällen informierte sie einfach gar nicht über Antiterrororkämpfe“, schrieb Savell.

Der neue Bericht zeigt, dass das Weiße Haus es in mehreren Fällen unterlassen hat, das AUMF-Gesetz aus dem Jahr 2001 anzuwenden, obwohl Beweise für Auseinandersetzungen – sowohl für US-Luftangriffe als auch für die Beteiligung an Kampfhandlungen – offensichtlich sind. Das offenbart das Ausmaß, in dem solche schändlichen Aktivitäten auf der Grundlage anderer rechtlicher Befugnisse, die sich während des Krieges gegen den Terror entwickelt haben, durchgeführt werden.

„Es gibt eine große Anzahl von US Antiterrorereinsätzen, welche unter verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Das macht es schwierig, diese Aktivitäten zu verfolgen und sicherzustellen, dass es eine adäquate Überwachung durch den Kongress gibt“, sagte Savell.

Der Bericht befasst sich speziell mit Einsätzen in Mali und Tunesien, wo „die USA Luftangriffe durchgeführt haben und/oder in Kämpfe mit Milizen verwickelt waren, aber die Exekutive berichtete dem Kongress nicht über diese Aktionen und versäumte es auch, das AUMF-Gesetz anzuführen“. Stattdessen wurde der Einsatz des US Militärs durch 127(e) Programme autorisiert.

Savell erklärte:

„Mali und Tunesien sind, zusammen mit anderen Ländern, Orte von autorisierten 127(e) Programmen. Die Exekutive hat es durchweg unterlassen, über die Entsendung von Angehörigen der US Streitkräfte in drohende Kampfhandlungen in Ländern mit aktiven 127(e) Programmen zu berichten. Diese US Programme erlauben es Spezialeinheiten, Einsätze zu planen und zu überwachen. Sie übernehmen die Leitung und sind nicht einfach nur an der Seite ihrer afrikanischen Kollegen, die sie angeblich beraten und unterstützen. Anders gesagt, anstatt dass die US-Streitkräfte diese ausländischen Militäreinheiten in deren eigenen Antiterrorzielen unterstützen, nutzen die Angehörigen der US-Streitkräfte diese Einheiten als Stellvertreter: Sie führen diese Einheiten, sie bestimmen deren Ziele und neh-

Airstrikes and operations:	“Support” for counterterrorism partners:
Afghanistan (2001-2021)	Cameroon (2017-2019)
Djibouti (2002-2010, 2015-2021)	Chad (2017-2019)
Iraq (2004-2009, 2014-2021)	Eritrea (2004-2005)
Libya (2013, 2015-2019)	Ethiopia (2004-2005)
Pakistan (2003)	Georgia (2002-2004)
Somalia (2007, 2012-2021)	Kenya (2004-2005, 2017-2021)
Syria (2014-2019)	Kosovo (2007)
Yemen (2002-2006, 2012-2021)	Jordan (2016-2021)
	Lebanon (2017-2021)
	Niger (2017-2021)
	Nigeria (2017-2019)
	Philippines (2002-2003, 2017-2021)
	Turkey (2015-2021)
Detention:	
Cuba (2002-2021)	

men an deren Angriffen auf Menschen teil, die sie terroristischer Aktivitäten verdächtigen. Inoffiziell haben US-Beamte zugegeben: ‚Wenn man unter dem Antiterrorprogramm 127(e) eingesetzt wird, dann bedeutet das wahrscheinlich Kampf‘.“

Zusätzlich zu Mali und Tunesien haben investigative Journalisten auch 127(e) Programme in Kamerun, Kenia, Libyen, Niger, Nigeria und Mauretanien dokumentiert.

Von diesen Ländern wurde Mauretanien, genau wie Mali und Tunesien, nie in Zusammenhang mit dem AUMF genannt. Es ist unklar, wann das 127(e) Programm in Mauretanien begann, aber das Land hat die „langjährige“ Partnerschaft in diesem Programm beendet.

Laut Donald Bolduc, Brigadegeneral a.D. und bis Juni 2017 Kommandeur vieler Spezialeinheiten in Afrika, „muss das Gastgeberland verstehen, auf was sie sich einlassen. Mauretanien hat sich nie wohl damit gefühlt, auf was sie sich eingelassen haben. Es passte einfach nicht zu ihrem Selbstverständnis, die Autorität über eine ihrer Einheiten abzugeben.“

Selbst wenn die Exekutive über „Unterstützung für Antiterrorereinsätze“ berichtete, hebt Savell hervor, gab es mehrere Fälle, in denen der Präsident „nicht zugegeben hat, dass Truppen in Kämpfe

mit Milizen verwickelt wurden oder werden könnten.“

So wurden 2017 in Niger vier Angehörige der US Streitkräfte in einem Hinterhalt getötet, als sie versuchten, eine militante Gruppe anzugreifen. Aber Präsident Trump hat sich erst auf das AUMF-Gesetz berufen, nachdem der Zwischenfall publik wurde. Ein weiteres Beispiel ist die Angabe von „Unterstützung“ für Antiterrorereinsätze in Kenia, aber ohne das Gefecht im Januar 2020 anzugeben, als Al Shabaab Milizen eine US Militärbasis in Manda Bay angriffen und drei Amerikaner töteten – einen Soldaten und zwei Angestellte eines Pentagon-Vertragspartners. US-Streitkräfte erwiderten das Feuer und töteten fünf Al Shabaab Angreifer.

Savell fügte hinzu: „Einige Experten argumentierten, dass das Versäumnis der Exekutive, den Kongress angemessen davor zu warnen, dass die USA ‚in einer Reihe afrikanischer Länder auf Konflikte zusteuern‘, gegen die ‚War Powers Resolution‘ verstoßen haben könnte“.

„Die Aufhebung des AUMF-Gesetzes aus dem Jahr 2001, so mühselig und notwendig diese politische Aufgabe auch ist, wird nicht ausreichen, um den Krieg gegen den Terror zu beenden.“

Quellen:

- [1] Watson Institute for International and Public Affairs, Stephanie Savell „The 2001 Authorization for Use of Military Force: A Comprehensive Look at Where and How It Has Been Used“, am 14.12.2021, <<https://watson.brown.edu/costsofwar/papers/2021/2001AUMF/>>
- [2] Common Dreams, Darcey Rakestraw „Analysis of 2001 AUMF Shows Lack of Oversight of U.S. Counterterrorism Operations“, am 14.12.2021, <<https://www.commondreams.org/newswire/2021/12/14/analysis-2001-aumf-shows-lack-oversight-us-counterterrorism-operations>>
- [3] Watson Institute for International and Public Affairs, Stephanie Savell „United States Counterterrorism Operations, 2018-2020“, im Februar 2021, <<https://watson.brown.edu/costsofwar/papers/2021/USCounterterrorismOperations>>
- [4] Common Dreams, Brett Wilkins „Stomach-Wrenching' Report Reveals Secret US Strike Command's High Civilian Death Toll“, am 13.12.2021, <<https://www.commondreams.org/news/2021/12/13/stomach-wrenching-report-reveals-secret-us-strike-commands-high-civilian-death-toll>>
- [5] Wired, Spencer Ackerman „Not A Single Afghan Battalion Fights Without U.S. Help“, am 26.09.2011, <<https://www.wired.com/2011/09/not-a-single-afghan-battalion-fights-without-u-s-help/>>
- [6] Forever Wars, Spencer Ackerman „The Bastard Children of the 2001 Authorization to Use Military Force“, am 14.12.2021, <<https://foreverwars.substack.com/p/the-bastard-children-of-the-2001>>
- [7] Forever Wars, Spencer Ackerman „The Peril and the Promise of Biden's Drone Review“, am 06.12.2021, <<https://foreverwars.substack.com/p/the-peril-and-the-promise-of-bidens>>
- [8] Twitter, Donald Trump Jr. „Donald Trump is the first president in modern history did not start a new war.“, am 23.01.2021, <https://twitter.com/DonaldJTrumpJr/status/1352754599590035459?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1352754599590035459%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5E%1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.reuters.com%2Farticle%2Fuk-factcheck-modern-us-presidents-new-wa-idUSKBN2A22SN>
- [9] BuzzFeed, Gregory D. Johnson „60 Words And A War Without End: The Untold Story Of The Most Dangerous Sentence In U.S. History“, am 17.01.2014, <<https://www.buzzfeed.com/gregorydjohnsen/60-words-and-a-war-without-end-the-untold-story-of-the-most>>
- [10] Reason, Eli Lake „The 9/14 Presidency“, am 04.06.2010, <<https://reason.com/2010/04/06/the-914-presidency-2/>>

Joint Combined Exchange Trainings (JCETs): Carried out under Title 10 of the U.S. Code (1991), JCETs officially involve partner government forces training U.S. special operations forces, but there is little government transparency about or oversight of this program, and experts suggest the program is also meant to allow the U.S. to assist foreign partners. JCETs are regularly conducted with foreign militaries implicated in widespread atrocities.

127(e): Also conducted under Title 10, this authority allows the U.S. military to use local troops as surrogates in raids and other attacks on militants. The executive branch has consistently failed to report on the introduction of U.S. service members into imminent hostilities in countries with active programs under 127e. Investigative journalists have documented 127e programs in Mali, Tunisia, Cameroon, Kenya, Libya, Niger, Nigeria, and Mauritania. Of these, Mauritania, like Mali and Tunisia, has never been mentioned in presidential AUMF citations. There is little government transparency about or oversight of this program; there are likely 127e programs in additional countries beyond those eight.

Article II: The executive branch in several instances relied on the "Commander-in-Chief" provision in Article II of the constitution to use force abroad without mentioning counterterrorism goals or referencing the 2001 AUMF.

2002 AUMF: Congress passed another Authorization for Use of Military Force in October 2002 to authorize then-President Bush to carry out the Iraq War. Since then, the executive branch has referenced the 2002 AUMF to authorize combat and airstrikes against militants in Iraq and Syria.

Section 1202: First introduced in the 2018 National Defense Authorization Act (NDAA), Section 1202 authority is "used to provide support to foreign forces, irregular forces, groups, or individuals." This authority is most likely focused on peer competitors such as China and Russia and not on counterterrorism operations.

Journalist Spencer Ackerman, der als Erster über die neue „Cost of War“ Analyse berichtet hatte, schrieb am Dienstag (14.12.2021 - Anm.d.Red.) [6], dass es „ein Erbe des anhaltenden Kriegs gegen den Terror ist, dass er dem US Militär den ersten dauerhaften Fußabdruck auf dem afrikanischen Kontinent ermöglicht hat [7].“

„Nebenbei“, fügte er hinzu und lenkte die Aufmerksamkeit auf Länder in Afrika und darüber hinaus, „schauen Sie, wann die Einsätze im Tschad, Kenia, Libanon, Niger, Nigeria, Kamerun und den Philippinen begonnen haben und erinnern Sie sich an den Schwachsinn der von ‚Make America Great Again‘ verbreitet wurde, dass Donald Trump keine neuen Kriege angefangen hätte [8].“

Ackerman lobte den neuen Bericht und schrieb, dass kritische „Beobachter schon lange das AUMF-Gesetz als eine auf 9/11 basierende unbefristete Erteilung von tödlichen exekutiven Überwachungs- und anderen militärischen Befugnissen verstanden haben [9]. Es funktioniert als Notstandsgesetz und die USA verstehen solche Dinge sofort, wenn z.B. Ägypten sie anwendet [10].“

„Aber wie Savells Untersuchung unterstreicht, ist das AUMF-Gesetz der Anfang der Geschichte und nicht das Ende“, betont Ackerman. „Denn der Krieg gegen den Terror dauert schon so lange, dass das AUMF inzwischen Bastardkinder hat.“

Laut Savell gehören zu den anderen Befugnissen, die Präsidenten zur Rechtfertigung von Militäroperationen angeführt haben, die Joint Combined Exchange Trainings, 127(e), Artikel II der US-Verfassung, des AUMF aus dem Jahr 2002 und Section 1202.

Um es mit Ackerman's Worten zu sagen: „Savells Untersuchung erinnert uns daran, wie wenig wir darüber wissen, was sich alles abspielt, nachdem ein Konflikt unter dem AUMF ‚abgesegnet‘ wird, falls es ihn überhaupt ‚absegnet‘.“

Außerdem, fügt er hinzu, die neue Analyse „unterstreicht, dass die Aufhebung des AUMF-Gesetzes aus dem Jahr 2001, so mühselig und notwendig diese politische Aufgabe auch ist, nicht ausreichen wird, um den Krieg gegen den Terror zu beenden.“